

Solarbundesliga? Klar, kennt man, sicherlich auch über die Grenzen der zuletzt 2172 Teilnehmer-Städten und -Gemeinden hinaus. Erdwärmeliga? Von der dürften nur wenige wissen, da messen sich auch keine Kommunen, sondern die Bundesländer. Und wie steht es um die Bioenergie-Bundesliga? Schon mal gehört? Im zweiten Jahr gingen 103 Gemeinden und Städte an den Start. Doch egal in welcher Liga jene Kommunen spielen, alle eint die hohe Bereitschaft dazu, Deutschland erneuerbar zu machen – sich von der Abhängigkeit eines großen Versorgers zu befreien.

„Die Energiewende ist das brennendste Thema unter den Kommunen“, sagt Bernd Geisen vom Bundesverband BioEnergie (BBE). Er ist Koordinator eines Projekts, das ein bundesweites Netzwerk aus Bioenergie-Kommunen zum Ziel hat. Hatte, denn „leider haben wir vor wenigen Tagen die Meldung erhalten, nicht weiter gefördert zu werden“, bedauert Geisen den abgelehnten Folgeantrag. „Biokommunal“, so der Titel des Vorhabens, das der BBE gemeinsam mit dem Straubinger Centralen Agrar-Rohstoff-Marketing- und Energie-Netzwerk (Carmen) durchführte, endet somit im August nach dreijähriger Förderung durch das Bundesumweltministerium.

An mangelnder Resonanz habe es nicht gelegen, bilanziert Geisen: „Der Informationsbedarf ist absolut vorhanden.“ Knapp 900 kommunale Vertreter nahmen jährlich an den von der BBE veranstalteten Seminaren, Vorträgen und Lehrfahrten zum Thema energetische Biomassennutzung teil. Alles kostenlos, schließlich weiß Geisen um die hohe Hürde von Teilnahmegebühren aus Sicht der klammen Verwaltungen. Das kommunale Interesse an Bioenergien steigt aber auch grundsätzlich mit den Kosten der fossilen Energien. Geisen: „Es geht da gar nicht primär um den Klimaschutz, sondern einfach und allein um eine mögliche Kosteneinsparung.“ Den Biokommunal-Akteuren ging es vor allem darum, den Kommunen eine energetische Verwertung ihrer biogenen Reststoffe nahezulegen. Gemeint sind damit Waldrestholz, Späne, Grünschnitt, Stroh und Landschaftspflegematerial sowie die Bioabfälle der Haushalte.

Fortsetzung auf Seite 2



Biomasse vom Acker, wie hier vor einer Biogasanlage in Schleswig-Holstein, steht nicht so hoch im Kurs der Bioenergie-Experten. Angestrebt wird vielmehr eine erschöpfende Ausnutzung der biogenen Reststoffe aus dem Umland sowie der Bioabfälle aus der Lebensmittelproduktion.

Gewerbliche Sammlungen

Streit um Büroschrott

Wem gehören Elektronik-Altgeräte, die in Gewerbebetrieben anfallen? Uns, sagen die Recyclerverbände und beklagen, Behörden in Nordrhein-Westfalen und Hessen würden Entsorgungsbetriebe darauf aufmerksam machen, dass ihnen die Erfassung von Elektronik-Altgeräten aus dem Gewerbe und der Industrie verboten sei. Dies führe zu einer großen Verunsicherung bei Industrie- und Gewerbetreibenden. Der Hintergrund: Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde im vorigen Jahr auch Paragraph 9 Abs. 9 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) geändert. Dort heißt es nun, dass einzig öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, Vertreiber und Hersteller Altgeräte erfassen dürfen. Der Passus beziehe sich nur auf Geräte aus privaten Haushalten oder andere Herkunftsbereiche, in denen vergleichbare Mengen wie in Haushalten anfallen. Für Elektro-Altgeräte aus dem gewerblichen Bereich gebe es keine Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, argumentieren die Recycler. Sie baten das Bundesumweltministerium, die Vollzugspraxis der Länder zum ElektroG zu überprüfen und für eine entsprechende Klarstellung zu sorgen. (lf)

► Mehr Informationen dazu unter www.metallhandel-online.de/presse.php

Mehrweg

Flasche auf dem Rückzug

Der Marktanteil der Mehrwegglasflasche bei Bier geht zugunsten von PET-Einwegflaschen und Getränkedosen zurück. Zu diesem Ergebnis kommt die Firma CIS Consulting, die Daten des Marktforschungsunternehmens A.C.Nielsen auswertete. Demnach sank der Mehrwegglas-Anteil bei Bier von 89,2 Prozent im Jahr 2009 auf 86,6 Prozent im vorigen Jahr. Im Gegenzug nahm der Dosenanteil in den drei Jahren um zwei Drittel auf 3,6 Prozent zu. Noch höher liegt mit gut 9 Prozent der PET-Anteil. Die restliche Menge entfällt auf Einwegglas. Gefragt sind die Einweggebinde vor allem auf dem Billig-Sektor. Passend dazu meldete der europäische Verband der Getränkedosenhersteller BCME für das vorige Jahr 1,4 Mrd. verkaufte Getränkedosen deutschlandweit. Das entspricht einem Plus um fast 25 Prozent. Gestiegen ist der Dosenkonsum laut Verband sowohl bei Bier als auch bei Softdrinks. (lf)

► Weitere Infos unter www.cis-beratung.de

Atommüllendlager

Kompromiss gefunden

Die Bundesregierung und die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens haben sich bei der Endlagersuche auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Die Bund-Länder-Gespräche über ein Endlagersuchgesetz sollen zeitnah abgeschlossen und der Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Im Gesetz wird eine Bund-Länder-Enquete-Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ verankert. Ihr sollen 24 Personen angehören, neben Abgeordneten auch Vertreter von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften. Bestimmt werden sie vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats.

Die Kommission soll bis Ende 2015 alle wichtigen Fragen zur Endlagersuche klären: Spezifische Mindestanforderungen, Ausschluss- und Abwägungskriterien, die Anforderungen an den Suchprozess, die Beteiligung der Öffentlichkeit, die Sicherstellung der Transparenz und vieles mehr. Das Parlament soll anschließend aufgrund der Empfehlungen der Kommission das Standortsuchgesetz gegebenenfalls anpassen. Erst dann solle die Suche beginnen. Atomkraftgegner und Umweltverbände kritisierten, dass mit dem Ge-

setz bereits die Antworten vorgeschrieben würden, die die Enquete-Kommission erst erarbeiten solle. Die Arbeitsergebnisse der Kommission seien für das Parlament nicht verbindlich und könnten abgelehnt werden, erklärte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt.

Die Vereinbarung legt zudem fest, dass mit dem Standortsuchgesetz die Transporte abgebrannter Brennelemente in das Zwischenlager Gorleben eingestellt und die noch anstehenden Transporte auf andere Zwischenlager verteilt werden. Doch sind diese dafür bisher nicht zugelassen und gehören zumeist den Kraftwerksbetreibern, die keinen Anlass haben, der Bundesregierung entgegenzukommen. Ausgeklammert wurde in der Vereinbarung der Konflikt darüber, welche Behörde für die Endlagersuche zuständig sein soll. Die Regierung wollte bisher das Bundesamt für Strahlenschutz entmachten. Nun heißt es lediglich, dass eine Beleihung Dritter mit hoheitlichen Aufgaben während Standortsuche und Genehmigungsverfahren nicht vorgesehen ist. (lf)

► Die Vereinbarung im Original: www.bmu.de/N49920/

► .ausgestrahlt, Jochen Stay, Marienthaler Str. 35 20535 Hamburg, Fon 040/253189-40, Fax -44 info@ausgestrahlt.de, www.ausgestrahlt.de

Kunststoff

Mehr Recycling – aber wie?

Die EU-Kommission hat ihr Grünbuch einer europäischen Umweltstrategie für Kunststoffabfälle vorgestellt. Das Dokument unterstreicht die Schlüsselrolle, die Kunststoff für viele Industrieprozesse und -anwendungen hat. Gleichzeitig hebt es den wirtschaftlichen und ökologischen Nutzen des Recyclings hervor und wirbt für ökologisches Design und Vermeidung. Nächster Schritt ist eine öffentliche Konsultation, bei der jeder EU-Bürger bis Anfang Juni Antworten auf 26 Fragen geben kann. Das Ergebnis soll 2014 in die Überarbeitung der Abfallpolitik einfließen.

Zahlreiche Organisationen haben bereits Stellung bezogen. Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) erneuerte seine Forderung nach einem EU-weiten Depositionsverbot unvorbehandelter Abfäl-

le. Laut BDE könnten durch das Recycling von Kunststoffen 162.000 Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden, erhöhe sich die Recyclingrate bis 2020 auf 70 Prozent. Auch der Recyclerverband bvse will europaweite werkstoffliche Verwertungsquoten für Kunststoffe. Die EU solle mittelständische Recyclingstrukturen fördern statt Deponien und Müllverbrennungsanlagen. Der bvse wies auch darauf hin, dass die in Brüssel diskutierten End-of-Waste-Kriterien für Kunststoffe und die damit verbundenen Anforderungen das Kunststoffrecycling bremsen würden. (lf)

► Zum Grünbuch und zur Konsultation: http://ec.europa.eu/environment/consultations/plastic_waste_en.htm

► Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse), Jörg Lacher, Hohe Straße 73 53119 Bonn, Fon 0228/98849-27, Fax -99, lacher@bvse.de, www.bvse.de